

Herr v. Hinke war keineswegs ein Alldeutscher, wie unsere Linkspresse und die Feinde sagten, aber er war durchaus ein Vertreter des „vieux jeu“, der die öffentliche Meinung nicht ernst genug nahm. Zur Beendigung des Krieges sah er nur den Weg der Fühler. Damit war auch seine Amtszeit zu unfruchtbaren Eastversuchen verurteilt.

Bei Hertlings Ernennung hatte ich noch Erleichterung empfunden, daß der Reich an mir vorüberging. Heute sah ich selbst die einzige Rettung nur darin, daß ein Vertreter unseres Programms maßgebenden Einfluß gewänne, und ich traute mir zu, den Reichskanzler, General Ludendorff, insbesondere aber auch den Kaiser für eine Politik zu gewinnen, die entgegen der erregten öffentlichen Meinung die Verständigung suchte, ehe wir erschöpft waren. Ich war davon überzeugt, daß der Kaiser für die psychologische Methode grundsätzliches Verständnis hatte, und das wurde mit Mitte Juli bestätigt.

Am 28. Juni hatte ich ihm Vorschläge zur Niederklämpfung der feindlichen Greuelpropaganda unterbreitet, unter anderem die folgenden Einrichtungen zu schaffen angeregt:

1. Die Gefangenenabteilung des Kriegsministeriums muß einen Sprecher von internationalem Ruf zur Verfügung haben, der, ähnlich wie Lord Newton,¹ sich jederzeit die Gelegenheit schaffen kann, sei es im Parlament oder bei einer anderen öffentlichen Gelegenheit oder in einem Interview, so zu sprechen, daß das feindliche Ausland hinzuhören muß.
2. Die Anklagen des Sprechers für das Kriegsministerium müssen eine dokumentarische Erhärtung und detaillierte Ausführung erhalten durch einen Greuelbericht, den nicht, wie bisher, unsere amtlichen Stellen herausgeben, sondern für den berühmte deutsche Rechtslehrer und Philanthropen verantwortlich zeichnen.
3. Eine Gefangenenkommission, bestehend aus Männern von internationalem Ansehen (Theologen, andere Gelehrte usw.) sollte gegründet werden. Die Mitglieder würden das Recht haben, selbst und durch von ihnen bezeichnete Vertrauensleute, alle deutschen Gefangenenlager unerwartet und auch periodisch besuchen zu können. Die deutschen Behörden müßten sie in die Lage versetzen, aus England erbetene Auskunft unter der Bürgschaft der Wahrheit erteilen zu können . . .
4. Eine öffentliche Äußerung von leitender Stelle, vielleicht unter Berufung auf ein Kaiservort, sollte es deutlich machen, daß eine

¹ Leiter des englischen Gefangenenministeriums.